Prager Passion

Beim Casag-Spiel werden die Tschechen vom Pech verfolgt. Plötzlich sind sie im Visier ausländischer Glücksspielbehörden. In der Casag werden sie ausgegrenzt.

Von Ashwien Sankholkar

DAS TSCHECHISCHE TRIO kämpft mit allen Mitteln um die Vormacht in der Casinos Austria. Stepan Dlouhy (l.) vertritt die Interessen der Milliardäre Karel Komarek (M.) und Jiri Smejc.

Nur elf Prozent der Aktien, aber hundert Prozent Ärger. Den Einstieg bei den Casinos Austria (Casag) haben sich Karel Komarek und Jiri Smejc wohl anders vorgestellt. Der Widerstand gegen die tschechischen Milliardäre ist gewaltig, wie das FORMAT vorliegende Protokoll der außerordentlichen Casag-Hauptversammlung vom 5. Oktober 2015 belegt. Smejc hat das in einem Reuters-Interview bereits kritisiert: „Die Situation scheint uns unerhört. Wir haben das Gefühl, wir werden durch das Vorgehen des österreichischen Finanzministeriums diskriminiert."

Gegen einen Einstieg der tschechischen Unternehmer ist nicht nur das Ministerium, das über die staatliche Beteiligungsholding ÖBIB 33,2 Prozent an der Casag hält. Auch die MTB-Stiftung von Maria Theresia Bablik (16,8 Prozent), das Bankhaus Schelhammer & Schattera (5,1 Prozent) und die anderen Aktionäre (Raiffeisen, Uniqa, Hotel Sacher) wollen sie nicht. Einzig die Donau Versicherung der Vienna Insurance Group, die über die Zwischenholding CAME (Kürzel steht für: Casinos Austria Medial Holding) indirekt 11,36 Prozent an den Casinos kontrolliert, machte Mitte September die Tür auf – womit der ganze Ärger erst losging.

Der Tschechen-Plan, die Casag schrittweise zu übernehmen, ist de facto gestorben. Der Prager Kassasturz ergibt: außer Spesen nichts gewesen. Der Leidensweg für Komarek und Smejc ist damit aber noch nicht beendet: Sie müssen sich trotzdem auf unangenehme Befragungen gefasst machen. Denn als Anteilseigner der Casag werden Komarek und Smejc sowie deren Familien erstmals von internationalen Glücksspielbehörden durchleuchtet – und im Sold der Gaming Commissions stehen nicht selten ehemalige Finanzbeamte, Ex-FBI-Agenten und Personen mit nachrichtendienstlichem Background.

„Falsches" Vorkaufsrecht. Der Übernahmeplan von Komarek und Smejc war simpel. Mit der CAME kaufen sie sich exklusive Vorkaufsrechte bei Casag und Medial ein. So können sie alle zum Verkauf stehenden Casino-Aktien einsammeln, während die anderen Aktionäre nur zuschauen können. Zur Erinnerung: 38,3 Prozent der Casinos hält die Beteiligungsfirma Medial. Die gehört den Raiffeisen-nahen Firmen Leipnik-Lundenburger (LLI) und Uniqa sowie Schelhammer und CAME. Im Prinzip besitzen alle gegenseitige Vorkaufsrechte.

Doch der Trick mit dem Vorkaufsrecht hatte einen Haken. Laut Medial-Gesellschaftervertrag besitzt nicht die CAME, sondern die Donau Versicherung das Vorkaufsrecht gegenüber LLI, Uniqa & Co. Dieses Privileg ist mit dem Verkauf an die Tschechen aber erloschen, weil es ohne einhelligen Gesellschafterbeschluss nicht übertragen werden darf.

Der Gesellschaftervertrag bezieht sich dabei auf das Allgemeine Bürgerliches Gesetzbuch (ABGB), Paragraf 1074: „Auch kann das Vorkaufsrecht weder >

FOTOS: APA/OTS; ALEXANDER DOBROVODSKY, IMAGO

IN TURBULENTEN ZEITEN. Vorstands-Trio Karl Stoss, Bettina Glatz-Kremsner und Dietmar Hoscher (v.l.)

> einem Dritten abgetreten, noch auf die Erben des Berechtigten übertragen werden." Anderes würde auch dem Zweck des Vorkaufsrechts widersprechen, das eines verhindern soll: das Einschleichen eines Fremden in den Gesellschafterkreis ohne Zustimmung der bestehenden Gesellschafter.

„Die MTB-Stiftung vertritt daher die Ansicht, dass die Ausübung des Vorkaufsrechts durch CAME für die von MTB gehaltenen Aktien unwirksam sei", heißt es im Protokoll der Hauptversammlung. Ein Gutachten des Gesellschaftsrechtlers und Wiener Anwaltskammerpräsidenten Michael Enzinger stützt diese Rechtsansicht. „Die MTB hat daher mitgeteilt, dass der Verkauf an die Novomatic AG hinsichtlich des von der MTB gehaltenen Aktienpakets der Casag final sei." Ähnliches gelte für die Medial-Pakete von LLI und Uniqa, die ebenfalls dem Gumpoldskirchner Glücksspielriesen Novomatic versprochen worden sind, wie aus dem HV-Protokoll hervorgeht.

Kein Stopp per Gericht. Am Ende stimmte die Casag-HV allen Anteilsverkäufen an Novomatic zu, womit die Niederösterreicher nun rund 41 Prozent der Casag beherrschen. Brisant für die Konkurrenten: Als aufschiebende Bedingungen für die Novomatic-Deals werden nur die „fusionsrechtliche Nichtuntersagung" und die Genehmigung durchs Finanzministerium angeführt sowie die „aufsichtsbehördliche Zustimmung" der Gaming Boards in Australien, Belgien, Deutschland, Kanada und der Schweiz – Länder, in denen die Casag Casinos betreibt bzw. an Casinos beteiligt ist. Eine Gerichtsentscheidung über das Vorkaufsrecht, wie von Komarek und Smejc angedroht, ist aus Sich der Casag-HV daher kein Dealbreaker. Der von den Tschechen mehrfach angekündigte Rechtsstreit wird die Casag-Übernahme durch Novomatic somit nicht stoppen. Laut HV-Protokoll haben Casag, LLI, MTB, Novomatic und Uniqa bis zum 30. September 2017 Zeit, um alle behördlichen Zusagen einzuholen.

Obwohl die Tschechen nur läppische 11,35 Prozent an den Casinos besitzen und de facto wenig Einfluss haben, steht ihnen ein wahrer Behördenmarathon bevor. Bettina Glatz-Kremsner, die als zukünftige Generaldirektorin der Casag gehandelt wird, erläuterte in der HV, dass „die geplanten Transaktionen Informations-, Melde-, Anzeige- und Genehmigungspflichten ausländischer Behörden" unterliegen, deren Verletzung könne „zur Suspendierung oder gar zum Entzug der Lizenzen oder Geldbußen" führen. Nachsatz laut HV-Protokoll: „Auch mögliche strafrechtliche Folgen sind hier zu beachten."

In Australien und Kanada liegt der Schwellenwert bei fünf Prozent, den die Tschechen nun übersprungen haben. Glatz-Kremsner: „In Australien muss die so genannte ‚Suitability' des Erwerbers, der Führungskräfte und der verbundenen Personen von der Behörde geprüft und bestätigt werden." Auch in Kanada ist der Gaming Control Act streng: „Die Behörde hat dabei weitgehende Befugnisse, erforderliche Schritte einzuleiten, um die Eigentümerstruktur eines Lizenznehmers nachvollziehen zu können. Jeder Gesellschafter der Beteiligungskette bis hin zum Ultimate Shareholder ist zur Offenlegung verpflichtet."

Start für den Check. Vorgespräche mit den Gaming Commissions haben laut FORMAT-Informationen diese Woche bereits begonnen. Noch im November werden die Casinos ihre neuen Aktionäre bei den Behörden offiziell anmelden. Nach Weihnachten werden Komarek und Smejc sowie Stepan Dlouhy und Martin Skopek – sie managen für die Tschechen den Casag-Deal – Besuch aus aller Welt bekommen. Skopek nimmt es locker: Vor seinem Wechsel zu Komareks Beteiligungsfirma KKCG war er Vorstand der börsennotierten Erste Group und der Erste-Töchter in Tschechien und Rumänien. Skopek gilt als „fit & proper".

Auch die Novomatic-Manager wissen, was sie erwartet. Novomatic-Aufsichtsratschef Herbert Lugmayr: „Auch die Ehepartner und die großjährigen Kinder werden durchleuchtet. Die Behörde verlangt von allen eine Vermögensaufstellung, ein Leumundszeugnis und überprüft die öffentliche Reputation." Glatz-Kremnser laut HV-Protokoll: „Die Prüfungen können langwierig und kostenintensiv werden." ▮

BANKENRISIKO

Riskanter „Club Deal"

Eine Unsicherheit bei einem Eigentümerwechsel bei den Casinos Austria ist, dass dadurch unter Umständen die Finanzierung der Casag und deren 100-Prozent-Tochter Casinos Austria International (CAI) wackelt. Im Rahmen eines Konsortialkredits hatten Großbanken, darunter Bawag, Erste Bank und Raiffeisen, der Casinos-Gruppe mehr als 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. „Nach den Bestimmungen des Finanzierungsvertrags ‚Club Deal', auf welchem ein Großteil der Finanzverbindlichkeiten der Casag basiert, ist ein ‚Change of Control' genehmigungspflichtig", heißt es dazu im Protokoll der außerordentlichen Casag-Hauptversammlung. Die Kreditverträge können „im Falle eines Kontrollwechsels oder bei wesentlichen nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen" gekündigt werden. Ein Ausstieg ist auch möglich, wenn „Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung und Einhaltung von Genehmigungen (wie etwa Lizenzen)" nicht nachgekommen wird. Ähnliches gilt für CAI-Anleihen mit einem Nominale von 139 Millionen Euro. Dementsprechend steht die Casag im Moment auf der Watchlist mehrerer „Club Deal"-Banken, die am liebsten rasch aussteigen würden. Das „Change of Control"-Risiko der Casag-Gruppe liegt bei rund 350 Millionen Euro.

FOTO: RITA NEWMMAN